

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 40 (2021)
Heft: 77

Artikel: "Wir wollen die Sonnenstrahlen spüren" : durch Kritik der Arbeit zu einer sozialökologischen Transformation
Autor: Probst, Milo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055541>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Milo Probst

«Wir wollen die Sonnenstrahlen spüren»

Durch Kritik der Arbeit zu einer sozialökologischen Transformation

«Geht doch arbeiten!»

Standardspruch, um linke Demonstrant*innen zu beschimpfen

In der Schweiz wird seit zwei Jahren wieder gestreikt. Und das nicht mehr bloss so, wie es sich das Land des Arbeitsfriedens lange Zeit gewohnt war. Eine halbe Million Frauen, Trans-, Nonbinäre-, Inter- und Agender-Menschen demonstrierten und bestreikten am 14. Juni 2019 – sowie in geringerm Ausmass in den darauffolgenden Jahren – die Arbeit, die sie normalerweise bezahlt oder unbezahlt verrichten müssen.¹ Aber auch Schüler*innen und andere junge Menschen haben ab Dezember 2018 in regelmässigen Abständen ihre schulische Arbeit niedergelegt, um einen griffigen Klimaschutz zu fordern. Mit den Feministinnen Mariarosa Dalla Costa und Selma James (1971, 8) liesse sich sagen, dass sich diese jungen Menschen weigerten, die Erwartungen zu erfüllen, die die kapitalistische Gesellschaft an ihre Altersgruppe heranträgt. Wieso fleissig lernen, wenn die ökologischen Grundlagen unseres Zusammenlebens in einem erschreckenden Tempo zerstört werden? Eine Entidentifikation mit gewissen Vorstellungen von Jugendlichkeit fand statt: Plötzlich gab es Tausende Schüler*innen, die sich Kenntnisse über die Berichte des Weltklimarats aneigneten und die Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft für ihre Untätigkeit anprangerten.

Sowohl in der feministischen wie auch der klimapolitischen Bewegung wurde Arbeit im weiten Sinne – also der Beitrag, der von Individuen und

Gruppen zur Reproduktion der Gesellschaft eingefordert wird – verweigert oder sichtbar gemacht. Beide Bewegungen haben damit die Arbeit politisiert. Wenn sie vom «Streik» sprechen, handelt es sich somit nicht nur um eine begriffliche Anlehnung an Arbeitsstreiks. Vor allem den feministischen Streiks ist es dabei gelungen, zu kritisieren, dass sorgende Tätigkeiten – ob bezahlt oder unbezahlt – dem Kriterium der Rentabilität und der Standardisierung unterworfen werden. Es wurde sichtbar gemacht, dass Sorgearbeit unter Zeitdruck und Bedingungen der Profitmaximierung eine ermüdende, nicht selten krank machende und durch soziale Verhältnisse aufgezwungene Tätigkeit ist. Um die schönen und bereichernden Seiten aus diesen Sorgetätigkeiten herauszukehren, brauche es eine andere Beziehung zwischen Erwerbsarbeit und Care-Arbeit, mehr Lohn, Zeit und Respekt. Sorgearbeit wird damit zu einem «Bezugspunkt der Gesellschaftsveränderung», wie es Gabriele Winker (2015, 138) forderte.

Auch in Klima- und Umweltschutzdebatten müsste (Care-)Arbeit als Bezugspunkt der sozialökologischen Transformation betrachtet werden, so die These dieses Beitrags. Das fehlt in den aktuellen klimapolitischen Programmen der linken Parteien und grossen Gewerkschaften in der Schweiz jedoch weitgehend, wie auch generell die Forderung nach einer Reduktion der Erwerbsarbeitszeit aus den politischen Debatten nahezu verschwunden ist – mit Ausnahme des Klimaaktionsplans des Klimastreiks (2021). Natürlich wird von neuen Arbeitsplätzen gesprochen, die durch eine grüne Wirtschaft entstehen sollen. Doch eine Politisierung und Kritik der Arbeit ist in der linken Tagespolitik nicht zu hören. Im Gegenteil. Klimapolitik wird noch häufig als Konjunkturpolitik, als Massnahmenpaket für *mehr* Arbeit(splätze) in einem produktivistischen und industriellen System verstanden.

Dieser Text plädiert dafür, der Kritik der Arbeit, wie sie im heteropatriarchalen Kapitalismus verrichtet werden muss, eine wachstumskritische und damit klimapolitische Relevanz beizumessen. Kritik der Arbeit meint dabei nicht, Arbeit vollständig abschaffen zu wollen, wie dies in einigen technofuturistischen Entwürfen der Fall ist. Es geht vielmehr darum, unser Zusammenleben so zu gestalten, dass den um Mitmenschen und Umwelt sorgenden Tätigkeiten der Raum, die Zeit und die Anerkennung zukommt, die für deren Ausführung auch benötigt wird. Kritik der Arbeit meint, alternative Beziehungen zwischen Leben und Lohnarbeit zu entwerfen, also die Tendenz zu hinterfragen, dass alle menschlichen Tätigkeiten den kapitalistischen Kriterien der Profitabilität unterworfen werden (Weeks 2011, insb. Kap. 3). Eine ökosoziale Kritik der Arbeit, so argumentiert der Text weiter, muss deshalb feministisch sein und eine Care-Perspektive einnehmen (Winker 2021).

Nur so kann sie ihr wachstumskritisches Potenzial vollständig realisieren und zum Ausgangspunkt für eine nachhaltige, gerechte und solidarische Welt werden.

Kämpfe gegen Arbeit (wie wir sie verrichten müssen)

Der den kapitalistischen Verhältnissen eingeschriebene Imperativ des grenzenlosen Wachstums ist von einem kostengünstigen respektive kostenlosen Zugriff auf Natur und Arbeitskräfte abhängig. Unter Arbeit ist dabei ausdrücklich nicht nur Lohnarbeit, sondern auch unbezahlte, meist von Frauen oder rassifizierten Menschen verrichtete Arbeitstätigkeit zu verstehen (Mies 2015; Moore 2019; Patel/Moore 2018). Als «Springquellen allen Reichtums» (Marx 2008, 530) sind bezahlte und unbezahlte Arbeit wie auch Natur unabdingbare Zutaten eines nach Ausdehnung strebenden produktiven Prozesses. Diese Zurichtung des menschlichen und nichtmenschlichen Lebens zum Zwecke der Profitmaximierung abstrahiert von den körperlichen, geistigen und sozialen Bedürfnissen der Menschen sowie von den ökologischen Zusammenhängen. Zwischen der Unterwerfung der Natur und der Arbeitstätigen besteht somit eine Strukturähnlichkeit, die dazu führen kann, dass Kritik der Arbeit, wie sie in kapitalistischen Verhältnissen verrichtet werden muss, mit dem Knüpfen von sorgenden Beziehungen zur Umwelt verbunden werden kann (Burkett 2014, insb. Kap. 13).

Kämpfe gegen die Unterwerfung der gesellschaftlichen Tätigkeiten unter das Kriterium der Rentabilität besitzen das Potenzial, andere soziale Beziehungen sowie andere Beziehungen zur Natur zu pflegen sowie auch andere Formen der Arbeit auszubauen oder zu erfinden. Dies wird deutlich, wenn wir mit dem heterodoxen Marxisten Massimo de Angelis drei Eigenschaften der Arbeit im Kapitalismus betrachten (De Angelis 1995).

Arbeit ist zunächst *aufgezwungen*. Entgegen der Vorstellung einer vollständig «freien Marktwirtschaft» gibt es subtile und weniger subtile Formen des Zwangs zur Arbeit. Eine weitgehend akzeptierte und unhinterfragte Form des Zwangs ist, dass die meisten Menschen schlichtweg einer Lohnarbeit nachgehen müssen, um zu überleben. Ein direkterer Zwang wird zum Beispiel durch die sogenannten «Aktivierungsmassnahmen» in den Sozialwerken ausgeübt. Schliesslich müssen wir auch Sexismus und Rassismus als Formen des Zwangs zur Arbeit verstehen. In beiden Prozessen der Abwertung und Ausgrenzung sind Mechanismen am Werk, durch die gewisse Gruppen aufgrund angeblich angeborener Eigenschaften dazu angehalten werden, entwertete, schlecht oder unbezahlte Tätigkeiten zu verrichten.

Sorgearbeit ist zudem einem moralischen Zwang unterworfen, da sie auf Abhängigkeitsverhältnissen beruht, die nicht aufgekündigt werden können. Sorgearbeit kann deshalb kaum im klassischen Sinne bestreikt und verweigert werden (Gago 2020, 12–17). In der Geschichte gab es verschiedene Formen, den Zwang zur Arbeit zu bekämpfen oder abzuschwächen. Zu den sozialstaatlichen, entscheidend durch gewerkschaftliche Kämpfe errungenen Institutionen gehören Rentenkassen, Arbeitslosenversicherungen oder Invalidenrenten.

Arbeit ist zweitens in einem marxistischen Sinn *entfremdet*. Die Arbeiter*innenbewegung oder die feministische Bewegung suchten nicht selten Wege, selbstbestimmter zu arbeiten, indem die Produktion demokratisiert oder die Sorgearbeit kollektiviert wurde. Dies ging häufig mit alternativen Formen des Eigentums sowie der Entwicklung von kollaborativen und gemeinschaftlichen Formen der Zusammenarbeit einher.

Arbeit ist schliesslich auch *grenzenlos*. In einem System, das auf grenzenloses Wachstum aus ist, wird das gesamte Leben der Arbeit untergeordnet (Cleaver 2019, z. B. 79–84). Grenzenlosigkeit bedeutet also, dass ein wachstumsbasiertes Wirtschaftssystem in einem doppelten Sinne nicht nachhaltig ist: Einerseits in Bezug auf die Nutzung natürlicher Ressourcen. Andererseits in Bezug auf die «Ressource Arbeitskraft». Gegen diesen grenzenlosen Charakter der Arbeit und dessen Folgen für körperliche und geistige Gesundheit haben Bewegungen der Vergangenheit erfolgreich gekämpft: Eine Reduktion der Arbeitszeit, bezahlte Urlaubstage oder die Möglichkeit, in Rente zu gehen, wurden durch politische Auseinandersetzungen errungen.

Die emanzipatorischen Bewegungen der Vergangenheit haben nicht nur *für* Lohnarbeitsplätze gekämpft. Es waren immer auch Kämpfe *gegen* bestimmte grenzenlose, entfremdete und aufgezwungene Formen der Arbeit. Kämpfe gegen diese Formen von Arbeit waren auch Kämpfe für andere Bedingungen der Arbeit: für Räume und Zeit, wo die Menschen andere Beziehungen zu sich, den Mitmenschen und der Natur entwickeln konnten; Kämpfe dafür, acht Stunden zu haben, um zu tun, was man will – die Sonnenstrahlen zu spüren, wie es ein im 19. Jahrhundert in den USA gesungenes Lied während der Kampagne für den 8-Studentag ausdrückte:

«We want to feel the sunshine;
we want to smell the flowers;
We're sure that God has willed it.
And we mean to have eight ours.
We're summoning our forces from

Shipyard, shop and mill;
Eight hours for work, eight hours
for rest, eight hours for what we will.» (zit. nach: Roediger/Foner 1997, 139)²

Wachstum, Arbeit und Wohlstand

In den Kämpfen für andere Bedingungen und Formen der Arbeit steckt somit das Potenzial, soziale und ökologische Anliegen miteinander zu verbinden. Aus Forderungen nach einer radikalen Arbeitszeitreduktion, einem Ausbau der Sozialwerke und der öffentlichen Infrastruktur sowie einer gerechten Verteilung von Sorgearbeit könnten fruchtbare Allianzen zwischen der Gewerkschaftsbewegung, der Ökologie-Bewegung und der feministischen Bewegung entstehen (Schaupp 2020; Zeller 2020). Damit diese Allianzen aber über eine sporadische Zusammenarbeit hinausgehen, stehen vor allem die traditionellen Gewerkschaften vor Herausforderungen. Sie müssen die seit der Nachkriegszeit dominante Kopplung von Wohlstand für Lohnarbeitende und wirtschaftlichem Wachstum aufbrechen und gewerkschaftliches Engagement als Einsatz für ein gesundes, solidarisches und nachhaltiges Leben auch jenseits der Lohnarbeitsphäre verstehen.

Der «fordistische» Kompromiss kann mit Markus Wissen als Form der Konfliktbearbeitung verstanden werden, die das Wohlstandsversprechen an das Wachstum einer ressourcen- und arbeitsintensiven Wirtschaft koppelte (Wissen 2020, 457). Trotz positiver Errungenschaften solcher Kämpfe für soziale Rechte und Teilhabe darf nicht vergessen gehen: Indem die grossen Gewerkschaften Wohlstand in der Regel an ein geregeltes Lohnarbeitsverhältnis knüpften, wurde das Leben jenseits der Lohnarbeit zu einer Funktion der Lohntätigkeit (Gorz 2008, 64). Eine Anhebung der Löhne und des Konsumniveaus sowie eine Reduktion der Arbeitszeit für gewisse Bevölkerungsschichten wurde in der Nachkriegszeit vor allem durch einen verstärkten Zugriff auf die Ressourcen und die Arbeit von Frauen, Migrant*innen und Menschen im Globalen Süden erkauft.

Trotz Ende des Fordismus – marktwirtschaftlicher Deregulierung, Prekarisierung von Lohnabhängigen, Abbau von Sozialwerken sowie Privatisierung von öffentlichen Infrastrukturen – hallt diese Verbindung von Lohnarbeit, Wohlstand und Wachstum weiterhin nach. Die SGB-Gewerkschafterin Dore Heim vertrat wohl keine Minderheitsposition, als sie im September 2019 verlauten liess: «Denn wir wissen: Das Wirtschaftswachstum ist gewissermassen in die DNA der Gewerkschaften eingeschrieben.» (zit nach: Albisser 2019, 4)

Deshalb ist Markus Wissen zuzustimmen, dass der politische Gegensatz zwischen gewissen, vor allem industriellen Arbeitsplätzen und Klimaschutz «lebensweltlich verstärkt» wird (Wissen 2020, 454). Die im industrialisierten Westen hegemonialen Definitionen von Freiheit, Wohlstand und Autonomie sind an Mobilitätsvorstellungen, Konsumpraktiken, Wohn- und Familienformen sowie Formen der Freizeitgestaltung geknüpft, die die sozialen und ökologischen Kosten gesellschaftlich, zeitlich und geografisch abwälzen. Dementsprechend sind sie unter Einhaltung der ökologischen Grenzen nicht verallgemeinerbar. Eine Rückkehr zum Fordismus der Nachkriegszeit kann aus ökologischen Erwägungen keineswegs wünschenswert sein. Es wird ebenfalls deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen der Klimabewegung und den Gewerkschaften alles andere als reibungslos vonstatten gehen wird.

Damit sollen keineswegs die sozialen Ungleichheiten und Klassenkonflikte negiert werden. Vielmehr geht es darum – wie Wissen und Brand verschiedentlich betonen (2017, z. B. 51 od. 62) –, einerseits darauf hinzuweisen, dass es sich dabei um eine für westliche Gesellschaften typische Form der Bearbeitung von sozialen Konflikten handelt. Andererseits zu unterstreichen, dass sich soziale und ökologische Anliegen nur unter der Voraussetzung zusammenfügen lassen, wenn neu bestimmt wird, was wir unter Freiheit, Autonomie, Wohlstand und befriedigender Arbeitstätigkeit verstehen. Ein sozialökologischer Systemwandel verlangt einen grundlegenden Wandel des gewerkschaftlichen Engagements sowie von Subjektivität und Lebensentwürfen vieler lohnabhängiger Menschen. Das letzte Mal fand eine solche radikale und massenhafte Infragestellung der hegemonialen Lebensformen in den 1960er- und 1970er-Jahren statt (Wissen 2020, 456; Wissen/Brand 2019, 45; Barca 2014; Bécot 2019). Im Zuge der neoliberalen Reformen und der epochalen Krise der Gewerkschaftsbewegung und der Linken verschwanden diese Erfahrungen und Experimente allerdings aus dem kollektiven und organisatorischen Bewusstsein.

In der Schweiz wird in der Klimapolitik linker Parteien und grosser Gewerkschaften die Notwendigkeit einer grundlegenden Transformation der Lebens- und Arbeitsformen grösstenteils ausgeklammert. Deren politische Programmatik reduziert sich in vielen Fällen auf eine ökologische Modernisierung, die auf eine erhoffte Entkopplung von Wachstum und Umweltbelastung setzt. Bestes Beispiel ist der Plan für eine CO₂-neutrale Wirtschaft, der in der Unia-Zeitschrift *Work* (2019) veröffentlicht wurde. Die Reduktion der Lohnarbeitszeit beziehungsweise die Aufwertung und Umverteilung von Sorgearbeit wird in diesem Programm an keiner Stelle erwähnt. Wenn

Akteure wie die Unia (o.J.), die Grüne Partei (2021) oder die SP (2018) von einer Reduktion der Arbeitszeit sprechen oder die profitorientierte Wirtschaftsform kritisieren, handelt es sich, gemessen an den realpolitischen Forderungen und Politiken dieser Organisationen, mehr um abstrakte Prinzipien denn um die Tagespolitik leitende Grundsätze. Im Positionspapier der SP fällt ausserdem der sehr positive Bezug zum «Green Deal» der EU auf, obwohl dieser Investitionsplan im Vergleich zu anderen Entwürfen des Green New Deals stark markt- und wachstumsorientiert ist.³ Diese Klimaschutzdiskurse beschränken sich meist auf die Reduktion von Treibhausgasemissionen und die dafür notwendigen ordnungspolitischen Massnahmen. Die Bezüge zu feministischen, antirassistischen oder internationalistischen Forderungen und Anliegen bleiben oberflächlich.⁴ Auch Beat Ringger (2019, 21) kritisiert, dass viele, die in der Schweiz für eine ökologische Transformation eintreten, die Meinung vertreten, diese könne erreicht werden, ohne «ernsthaft in die herrschenden Machtverhältnisse und die heutigen Lebens- und Konsumgewohnheiten einzugreifen».

Fürs Klima streiken?

Klimaschutz ist ohne eine Überwindung der wachstumsorientierten Wirtschaftsform, die Arbeitende und die Umwelt ausbeutet, nicht möglich. Dadurch wird Klimaschutz gezwungenermassen zu einer sozialen Frage, insofern dadurch die Art und Weise, wie in kapitalistischen Gesellschaften gearbeitet wird, zur Disposition gestellt wird. Kämpfe gegen Arbeit, wie wir sie heute verrichten müssen, sind deshalb ein unabdingbarer Baustein eines sozialökologischen Systemwandels. Dazu gehört einerseits eine radikale Reduktion der Erwerbsarbeitszeit. Dazu gehört aber ebenfalls eine Debatte darüber, welche Arbeit im Zentrum des gesellschaftlichen Lebens stehen soll. Während nämlich klima- und umweltschädliche Produktionszweige zurückgebaut werden müssen, gilt es andere, die Umwelt pflegende sowie Menschen umsorgende Tätigkeiten aufzuwerten und auszuweiten (Schaupp 2020, 59). Die radikale Reduktion der Lohnarbeitszeit, der Rückbau von umweltbelastenden Industriezweigen sowie die Aufwertung, verstärkte Finanzierung und gerechte Verteilung von Care-Tätigkeiten kollidieren jedoch unweigerlich mit den Sachzwängen eines patriarchalen Kapitalismus.

In diesem Zusammenhang ist die Zusammenarbeit, die sich zwischen Gewerkschaften, dem feministischen Streik und der Klimabewegung in den letzten Jahren auch in der Schweiz ansatzweise entwickelt hat, ein wichtiger Schritt. Bis aus dieser Zusammenarbeit aber nachhaltige Allianzen entste-

hen, ist der Weg noch weit. Denn Klima- und Umweltschutz reimen sich nur dann vollständig auf soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für alle, wenn mit den vorherrschenden Erwartungen an ein gutes Leben gebrochen wird und die Gewerkschaften die Kopplung von Produktivismus und dem Erkämpfen von sozialen Rechten aufgeben.

In diesem Punkt haben vor allem die ökologischen und feministischen Bewegungen interessante Analysen und Kritiken entwickelt.⁵ Denn in diesen Bewegungen wird häufig nicht nur gegen etwas protestiert, sondern es werden auch neue Lebensformen eingefordert und ansatzweise erprobt, andere Subjektivitäten und Bedürfnisse geformt. Gerade deshalb ist es ausgesprochen bedeutsam, dass in diesen Bewegungen wieder gestreikt wird. Denn der Streik ist nicht nur eine Taktik. Der Streik ist, wie die Feministin Verónica Gago (2020) mit Blick auf die argentinische Ni-Una-Menos-Bewegung gezeigt hat, ein Moment, der neue Beziehungen zwischen Menschen schafft; der es ihnen erlaubt, Erfahrungen zu artikulieren; der eine momentane Wiederaneignung des Lebens ermöglicht und so emanzipatorische Politik im Hier und Jetzt stattfinden lässt. Arbeit zu verweigern, ist deshalb nicht nur negativ, sondern hat präfigurative, experimentelle, konstruktive Komponenten. So könnten Streiks nicht nur als Mittel, sondern auch als Momente bestimmt werden, an denen andere Verhältnisse zu den Menschen und Nicht-Menschen geknüpft werden.

Anmerkungen

- 1 Vgl. das dem feministischen Streik gewidmete Heft Nr. 74 des *Widerspruch*.
- 2 Dass in diesem Lied unbezahlte Arbeit nicht erwähnt wird, verdeutlicht noch einmal, wie wichtig die feministische Kritik ist.
- 3 Für wachstumskritischere Entwürfe des Green New Deals vgl. Aronoff u. a. (2019), Klein (2019), Pettifor (2019).
- 4 Eine interessante Ausnahme ist die am 13. April 2021 lancierte «Initiative für 1000 Arbeitsplätze» der Communauté genevoise d'action syndicale. Diese fordert nicht nur neue Arbeitsplätze in öffentlichen und nicht-profitorientierten Institutionen, sondern ebenfalls eine Lohnarbeitszeitreduktion auf 32 Wochenstunden bis 2030.
- 5 Beispiele sind der Klimaaktionsplan des Klimastreiks (2021), insbesondere das Kapitel 9 über «Wirtschaft und politische Strukturen» oder das «Careona-Manifest» des Feministischen Streiks Basel (2020).

Literatur

- Albisser, Raphael, 2019: Klimakampf ist Klassenkampf. In: WOZ, 12.9.
- Aronoff, Kate u. a., 2019: A Planet to Win. Why We Need a Green New Deal. London
- Barca, Stefania, 2014: Laboring the Earth. Transnational Reflections on the Environmental History of Work. In: Environmental History 19, 3–27
- Bécot, Renaud, 2019: L'environnementalisme ouvrier ou le syndicalisme émancipé du fordisme. Une approche transnationale dans les années 1968. In: Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier 35, 28–43
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus, 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus, 2019: Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation. Widersprüche der imperialen Lebensweise. In: WSI-Mitteilungen 72, 39–47
- Burkett, Paul, 2014: Marx and Nature. A Red and Green Perspective. Chicago
- Cleaver, Harry, 2019: Der Kampf gegen die Arbeit und der Bruch mit der Dialektik des Kapitals. Berlin
- De Angelis, Massimo, 1995: Beyond the Technological and Social Paradigms. A Political Reading of Abstract Labour as the Substance of Value. In: Capital & Class 16, 107–134
- Feministischer Streik Basel, 2020: Careona-Manifest. Umverteilung von Macht, Geld, Zeit und Raum – Jetzt! frauenstreik-bs.ch/wp-content/uploads/2020/06/CareOna-Manifest-digital.pdf (Abfrage 16.6.2021)
- Gago, Verónica, 2020: Feminist International. How to Change Everything. London
- Goetz, André, 2008: Ecologica. Paris
- Grüne Partei Schweiz, 2021: Grüner Plan für eine klimapositive Schweiz («Klimaplan»). www.gruene.ch/kampagne/klimaplan (Abfrage 16.6.2021)
- James, Selma / Dalla Costa, Mariarosa, 1971: The Power of Women and the Subversion of the Community. Ohne Ort
- Klein, Naomi, 2019: On Fire. The (Burning) Case for a Green New Deal. New York
- Klimastreik, 2021: Klimaaktionsplan. admin.climate-prod.ch/uploads/Klima_Aktionsplan_1_o_930148c051.pdf (Abfrage 16.6.2021)
- Marx, Karl, 2008: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 1. Berlin
- Mies, Maria, 2015: Patriarchat und Kapital. München
- Moore, Jason W., 2019: Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals. Berlin
- Patel, Raj / Moore, Jason W., 2018: Entwertung. Eine Geschichte der Welt in sieben billigen Dingen. Berlin
- Pettifor, Ann, 2019: The Case for the Green New Deal. London
- Ringger, Beat, 2019: Das System Chance Klimaprogramm. Zürich
- Roediger, David / Foner, Philipp, 1997: Our Own Time. History of American Labour and the Working Day. London
- Schaupp, Simon, 2020: Jenseits der Austeritätsökologie. Einführung in eine Umweltpolitik von unten. In: Sozial.Geschichte Online 28, 43–68
- SP Schweiz, 2018: Unsere Wirtschaft. Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019–2029 vor dem Hintergrund von Digitalisierung, Globalisierung und Klimaerwärmung. www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/unsere_wirtschaft_def_d_o.pdf (Abfrage 16.6.2021)
- Unia (o.J.): Umwelt- und Klimapolitik. www.unia.ch/de/arbeitswelt/von-a-z/umwelt-und-klimapolitik (Abfrage 16.6.2021)
- Weeks, Kathi, 2011: The Problem With Work. Feminism, Marxism, Antiwork Politics, and Postwork Imaginaries. Durham
- Winker, Gabriele, 2015: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld
- Winker, Gabriele, 2021: Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. Bielefeld
- Wissen, Markus, 2020: Klimakrise und Klassenkampf. Zum Verhältnis von ökologischen und sozialen Konflikten. In: PROKLA 50, 441–464
- Work (2019): Eine CO₂-neutrale Schweiz bis 2030 ist machbar. So geht's konkret! www.workzeitung.ch/2019/09/co2-neutrale-schweiz (Abfrage 16.6.2021)
- Zeller, Christian, 2020: Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München

